



HESSISCHER LANDTAG

30. 07. 2020

INA

Berichts Antrag

Hermann Schaus (DIE LINKE) und Fraktion

Nachfragen und weitere Fragen zu Berichts Antrag 20/415 vom 27.03.2019 betreffend diverse Gewalt-, Bomben- und Morddrohungen durch rechte und/oder Neonazi-Szene in Hessen sowie Anschläge auf linke Wohnprojekte

Die endgültige Aussprache über den oben genannten Berichts Antrag steht im Innenausschuss noch aus. Das liegt zum einen daran, dass das Thema rechter Gewalt und Drohungen eine dramatische Dynamik aufweist: Seitdem der Berichts Antrag an die Landesregierung gestellt wurde, ist die Zahl politisch motivierter rechter Straftaten weiter stark angestiegen und rechte Drohungen – Stichworte Internet-Hasspostings oder Drohschreiben wie NSU 2.0, Staatsstreicherchester, Wolfszeit und Nationalsozialistische Offensive – haben immer weiter zugenommen. Auch ereigneten sich danach die rassistischen Mordversuche von Taunusstein und Wächtersbach sowie die rechtsterroristischen Morde an Walter Lübcke sowie an neun Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund in Hanau. Die Antworten der Landesregierung (in der Ausschussvorlage 20/7 vom 8. Juli 2019 sowie ergänzend vom 13. November 2019 und vom 3. Juni 2020) waren zum Zeitpunkt ihrer Vorlage und Befassung im Innenausschuss mithin jeweils bereits wieder veraltet. Zum zweiten haben die einzelnen Antworten der Landesregierung so viele Anlässe für Nachfragen ergeben, dass diese wiederholt schriftlich per E-Mail und mündlich in Sitzungen des Innenausschusses gestellt wurden. Eine ursprünglich für das Frühjahr 2020 geplante Aussprache gemeinsam mit dem Justizministerium über die Einordnungspraxis PMK-rechts wurde ebenso verschoben wie die Aussprache Vorlage der „aktuellen“ Straftaten PMK-rechts aus 2019. Dies führt zusammengefasst dazu, dass trotz einer Vielzahl an Dokumenten und Protokollen der oben genannte Berichts Antrag weiter offen zur Aussprache steht und eine Beurteilung des Gesamtthemas – trotz seiner hohen Bedeutung – erschwert wird. Der Fragesteller erbittet daher nun eine zusammenhängende Gesamtdarstellung der erfragten Themen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

A. Gewalt-, Bomben- und Morddrohungen

1. Wie viele Gewalt-, Bomben- und Morddrohungen wurden in den Jahren 2015 bis 2019 in Hessen zur Anzeige gebracht? (Bitte chronologisch und nach betroffenen Institutionen bzw. anonymisierten Privatpersonen auflisten)
Gemeint sind alle Drohungen, sowohl verbal wie fernmündlich durch Drohschreiben oder Bombendrohungen oder in Form sogenannter Hasspostings.
2. Wie viele Personen und Institutionen in Hessen waren unmittelbar betroffen (z.B. durch direkte namentliche Nennung oder persönliche Zusendung)?
3. In wie vielen Fällen konnte ein Tatverdächtiger ermittelt werden (bitte nach Tatverdächtigen, Ermittlungsverfahren, Verfahrensabschluss aufschlüsseln)?
4. Wie viele der Drohschreiben wurden der rechten Szene bzw. als PMK-rechts eingeordnet?
5. Nachfrage zur Vorlage 20/7 vom 8. Juli 2019 bzw. Nachbericht vom 3. Juni 2019:
Laut Medienberichten haben über die Hälfte aller hessischen Kommunalvertreter seit dem Rechtsruck in 2015 Erfahrungen mit Drohungen machen müssen und fühlen sich (massiv) bedroht. Beispielsweise hat der ehemalige Landrat des Main-Kinzig-Kreises und Präsident des Hessischen Landkreistages, Erich Pipa nach anhaltenden Drohungen erklärt nicht erneut für politische Ämter zu kandidieren. Allein gegen Walter Lübcke sollen seit

2015 hunderte Drohungen und Beleidigungen bis hin zu Morddrohungen eingegangen sein, welche auch nach seinem Tod noch anhielten. Hinzu kommen diverse Drohschreiben und Bombendrohungen unter diversen Gruppenbezeichnungen gegen Personen und Institutionen sowie hunderte antisemitische Straftaten und sogenannte Hasspostings pro Jahr aus dem rechten bis rechtsradikalem Spektrum.

- a) Wie erklärt sich die Landesregierung die starke Differenz dieser massenhaften bekannten rechten Drohungen einerseits und den statistisch erfassten Drohungen in den Jahren 2015 bis 2019 von insgesamt „lediglich“ 353 insgesamt und davon „nur“ 138 als PMK-rechts andererseits?
- b) Beispielhaft für nicht als PMK-rechts eingestufte Drohungen wurde vom Fragesteller auf einen Vorfall vom 21.08.2015 in Fulda hingewiesen (Facebook-Eintrag auf „Osthessen-News“, der lautete: „Am Wochenende gibt es ein dickes Lagerfeuer, bestehend aus 500 Flüchtlingen“. Laut Protokoll des Innenausschusses (Sitzung 20/12 auf S. 11) wurde eine Prüfung und Neueinordnung zugesagt. Aus den überarbeiteten Vorlagen ergibt sich aber keine Überarbeitung der als PMK-rechts eingestuften Fälle. Wie viele Fälle wurden überprüft und nachträglich wie neu bewertet?
- c) Gegenstand von Nachfragen und Diskussionen war die (sehr) geringe Aufklärungsquote und Beendigung von Strafverfahren bei Straftaten der PMK-rechts von unter 10 % in Hessen. Laut Innenminister ist dieser Bereich in 2019 erneut massiv gestiegen. Wie viele Straftaten PMK wurden 2015 bis 2019 insgesamt registriert, wie vielen ein Tatverdächtiger zugeordnet und in wie vielen Fällen ein Verfahren abgeschlossen (bitte geschlüsselt nach Jahr, Tatverdächtigen, Strafverfahren und Straftatbeständen aufführen).

B. Brandanschläge, Drohungen oder Angriffe auf linke Wohnprojekte

Im Fall der Brandanschläge gegen „linke Häuser“ und „Frauenhäuser“ wurde nach einer sich lange hinziehenden Serie letztlich im Dezember 2019 ein Tatverdächtiger festgenommen. Aus hiesiger Sicht verwunderte die späte Festnahme, da der Täter Bewohner von später in Brand gesteckten Häusern bereits zuvor behelligt hatte und er 2018 und 2019 bereits an Tatorten von Zeugen festgehalten bzw. mit Brand und Rußspuren aufgegriffen wurde. Laut „Hessischem Rundfunk“ (12.12.2019: „Mutmaßlicher Serienbrandstifter festgenommen“) wurde seitens der Staatsanwaltschaft als Haftgrund angegeben, der Tatverdächtige sei bereits 2002 einschlägig verurteilt worden, man ermittle nun in 30 Fällen mutmaßlicher Brandstiftungen.

1. Warum erfolgte ein Haftbefehl erst im Dezember 2019 und nicht bereits nach mehrfacher Festnahme aufgrund von Zeugenaussagen und Aufgreifens in räumlicher Nähe?
2. Wann und wie gelangte der Staatsanwaltschaft zur Kenntnis, dass der Tatverdächtige bereits einschlägig verurteilt war?
3. Wie viele Brandstiftungen wurden dem Tatverdächtigen insgesamt zur Last gelegt?
4. Wie ist der Stand des Ermittlungs- und/oder Gerichtsverfahrens?
5. Falls es zu einem Ermittlungsergebnis bzw. einer Verurteilung kam: Aus welchem Motiv handelte der Täter?
6. Wie viele weitere tatähnliche Brandstiftungen hat es seit Dezember 2019 im Rhein-Main-Gebiet gegeben?

C. Herausgehobene Straftaten mit möglichem PMK-rechts Bezug

1. Der Innenminister berichtete über einen konsequenten Vollzug von Haftbefehlen gegen die rechte Szene. Wie viele offene Haftbefehle lagen in den Jahren 2017 bis 2020 vor, wegen welcher Straftatbestände und wie viele davon wurden vollstreckt? Bitte nach Jahren aufschlüsseln.

2. Der Innenminister berichtete von diversen Durchsuchungsmaßnahmen gegen die rechte Szene in Hessen¹. Wie viele Objekte wurden in den Jahren 2017 bis 2020 durchsucht, gegen welches Spektrum oder in welchen Ermittlungszusammenhängen, wegen welcher Straftatbestände und mit welchen Ermittlungsergebnissen oder Verfahrenseröffnungen? Bitte nach Jahren aufschlüsseln.
3. Im September 2019 wurde ein damals 54-jähriger Taunussteiner wegen Schüssen mit einer Präzisionsschleuder auf Menschen mit Migrationsgeschichte festgenommen. Wie ist der Ermittlungsstand (Straftatbestände, Verfahrenseröffnung oder Verfahrensabschluss)?
4. Der „Wiesbadener Kurier“ berichtete am 02.10.2019 über einen geplanten Amok-Lauf in Wiesbaden (Prozess um geplantes Massaker in Wiesbaden). Wie ist der Ermittlungsstand (Straftatbestände, Verfahrenseröffnung oder Verfahrensabschluss)?
5. Am 28.05.20 berichtete der „Hessische Rundfunk“ über die Festnahme im Zusammenhang mit einem Waffen- und Sprengstoffdepot in Driedorf („Polizei nimmt nach Sprengstoff-Fund mutmaßlichen Waffennarr fest“). Wie ist der neueste Ermittlungsstand (Straftatbestände, Verfahrenseröffnung oder Verfahrensabschluss)?
6. Am 01.09.2019 berichtete der „SPIEGEL“ über den Fund von Waffen, Sprengstoff und unbekanntem Substanzen in einer Wohnung in Bad Soden („Mann von Dach gerettet – Einsatzkräfte finden Waffen“). Wie ist der Ermittlungsstand (Straftatbestände, Verfahrenseröffnung oder Verfahrensabschluss)?
7. Am 01.09.2019 berichtete die „Oberhessische Presse“ über den Fund von Waffen, Munition, Pyrotechnik und Drogen in Schwabenrod („Nach Durchsuchung in Schwabenrod prüft Polizei politische Gesinnung“). Wie ist der Ermittlungsstand (Straftatbestände, Verfahrenseröffnung oder Verfahrensabschluss)?
8. Am 06.10.2019 berichtete die Bundespolizei von Schüssen auf einen somalischen Bahnreisenden durch einen polizeibekanntem Täter („Mann schießt mit Gasdruckwaffe auf einen Reisenden“). Wie ist der Ermittlungsstand (Straftatbestände, Verfahrenseröffnung oder Verfahrensabschluss)?

D. Straftaten mit möglichem PMK-rechts Bezug von überregionaler Bedeutung

Diverse Personen und Gruppen der rechten Szene aus Hessen oder mit Bezug nach Hessen sind Gegenstand von überregionalen Ermittlungen bzw. Ermittlungsverfahren, über deren Sachstand hier Unklarheit herrscht.

1. Wie ist der Ermittlungsstand (Straftatbestände, Verfahrenseröffnung oder Verfahrensabschluss) beim Verfahren des Generalbundesanwaltes gegen die sogenannten „Aryans – Support Your Race“ Gruppe um Carsten M.?
2. Wie ist der Ermittlungsstand (Straftatbestände, Verfahrenseröffnung oder Verfahrensabschluss) beim Verfahren des Generalbundesanwaltes gegen den Bundeswehrangehörigen Franco A. und mögliche Mittäter?
3. Wie ist der Ermittlungsstand (Straftatbestände, Verfahrenseröffnung oder Verfahrensabschluss) bei den Verfahren gegen Stanley R. und die inzwischen verbotene Gruppierung „Combat 18“?
4. Sind Verbindungen nach Hessen bekannt geworden bei Ermittlungen gegen die sogenannte Gruppe S., welche Anschläge in mehreren Bundesländern geplant haben soll?
5. Sind Verbindungen nach Hessen bekannt geworden bei Ermittlungen gegen die sogenannten „Kreuzgruppen“, welche Anschläge an einem Tag X geplant und sich umfangreiche Waffenlager anlegen sollen?
6. Sind Verbindungen nach Hessen bekannt geworden bei Ermittlungen gegen Angehörige der KSK-Spezialkräfte, welche als rechtsradikale Gruppierung im Verdacht steht umfangreiche Munitions- und Sprengstoffbestände entwendet zu haben?

¹ Laut Frankfurter Rundschau fanden am 17.12.2019 Durchsuchungen in 12 Objekten hessenweit statt,¹ laut hessen-schau vom am 06.02.2020 wurden weitere 12 Objekte durchsucht.¹ Des Weiteren gab es auch in Hessen Durchsuchungen wegen überregionaler Organisationen, so beispielsweise im Zusammenhang mit der Organisation „Wolfsbrigade“¹ im Juli 2019 oder mit der Gruppe „Aryan Circle Germany“ am 03.03.2020.¹ In Gänze soll es laut Pressemeldungen seit Juli 2019 80 Hausdurchsuchungen durch die BAO Hessen R sowie das LKA vorgenommen worden sein.

7. In welchen weiteren Ermittlungen zur rechtsradikalen Szene oder in Verbindung mit Waffen und Sprengstoff ergeben sich direkte oder mittelbare Verbindungen nach Hessen?
8. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, wann der Generalbundesanwalt einen Abschlussbericht zu den rassistischen Morden in Hanau vorlegt?
9. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse zu weiteren Hintergründen des rassistischen Mordversuchs von Wächtersbach vor und ist ihr bekannt, ob das Opfer Entschädigungen aus dem Opferfonds der Bundesregierung erhalten hat?

D. Einschätzung der Bedrohungslage

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Bedrohung durch rechte militante Personen und Gruppen aktuell?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Möglichkeit konkreter Anschläge oder Gewalttaten durch rechte militante Personen und Gruppen aktuell?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Möglichkeit für Rechtsterror angesichts der unter A. und B. genannten Vorfälle?

Wiesbaden, 30. Juli 2020

Hermann Schaus

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Torsten Felstehausen